

## **Protokoll**

über die **Sitzung des Schulausschusses** in der Wahlperiode 2011/2016 am **Dienstag, dem 03.06.2014, um 18:00 Uhr**, in der Aula der Grundschule Friedrichsfehn, Schulstr. 12.

Teilnehmer:

### **Vorsitzende**

Freia Taeger

### **Mitglieder des Ausschusses**

Kai Hinrich Bischoff

Mark Gröber

Erhard Hennig-Weltzien

Vertretung für Herrn Frank von Aschwege

Josefine Hinrichs

Vertretung für Herrn Dr. Hans Fittje

Axel Hohnholz

Roland Jacobs

Detlef Reil

Vertretung für Herrn Uwe Martens

Wolfgang Seeger

Vertretung für Frau Melanie Greulich

### **Grundmandatar**

Thomas Apitzsch

### **Vertreter der pädagogischen Fachkräfte**

Egbert Kosmis

Lehrervertreter

### **Vertreter des Gemeindeelternrates**

Petra Reiners

Elternvertreterin

### **Teilnehmer des Jugendgemeinderates (nur im öffentlichen Teil)**

Marlene Mörig

Kira Wiechert

### **Von der Verwaltung**

Rolf Torkel

Gemeindeverwaltungsoberrat (GVOR)

Petra Knetemann

Gemeindeoberamtsrätin (GOAR)

Sven Temmen

Gemeindeamtmann (GA)

Jens Schöbel

Gemeindeoberinspektor (GOI), zugleich als  
Protokollführer

## **TAGESORDNUNG**

### **A. Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Schulausschusses vom 10.02.2014

4. Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 4.1. Resolution für die dauerhafte Sicherstellung der Schulsozialarbeit
- 4.2. Sitzung des Wirtschafts- und Haushaltsausschusses am 17.06.2014
- 4.3. Nächste Sitzungen des Verwaltungsausschusses sowie des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses
- 4.4. Netzbeteiligung
- 4.5. Termine
5. Einwohnerfragestunde
6. Inklusion  
Umsetzung von Maßnahmen zur Herrichtung inklusiver Schulen  
Vorlage: 2014/FB II/1629
7. GOBS Friedrichsfehn  
Neubau einer Mensa  
Vorlage: 2014/FB II/1630
8. Änderung der Festlegung der Schuleinzugsbereiche für die Grundschulen der Gemeinde Edewecht  
Vorlage: 2014/FB II/1631
9. Erlass einer Satzung über die Benutzung von gemeindeeigenen Schulhöfen  
Überarbeiteter Satzungsentwurf  
Vorlage: 2014/FB II/1632
10. Grundschule Edewecht  
Zuschuss zur Schulhofgestaltung  
Vorlage: 2014/FB II/1633
11. Astrid-Lindgren-Schule  
Umgestaltung Mensabereich  
Vorlage: 2014/FB II/1634
12. Edewechter Oberschule  
Programm für die Mensa  
Vorlage: 2014/FB II/1635
13. Anfragen und Hinweise
- 13.1. Schülervertreter
14. Einwohnerfragestunde
15. Schließung der Sitzung

Vor Beginn der Sitzung fand eine Besichtigung der neuen naturwissenschaftlichen Räume der Grund- und Oberschule Friedrichsfehn statt.

### **TOP 1:**

#### **Eröffnung der Sitzung**

AV Taeger eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Ausschussmitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung, den Lehrervertreter Herrn Kosmis, die Elternvertreterin Frau Reiners, die Vertreterinnen des Jugendgemeinderates Marlene Mörig und Kira Wiechert sowie alle Zuschauer.

### **TOP 2:**

#### **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

AV Taeger stellt fest, dass die Ladung ordnungsgemäß erfolgt, die Beschlussfähigkeit gegeben ist und nach der vorliegenden Tagesordnung verfahren wird.

**TOP 3:**

**Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Schulausschusses vom 10.02.2014**

Das Protokoll der Sitzung vom 10.02.2014 wird einstimmig genehmigt

**TOP 4:**

**Mitteilungen der Bürgermeisterin**

**TOP 4.1:**

**Resolution für die dauerhafte Sicherstellung der Schulsozialarbeit**

GVOR Torkel teilt mit, dass sich der Kreisvorstand des Niedersächsischen Städte- u. Gemeindebundes intensiv mit der Zukunft der Schulsozialarbeit befasst und eine Resolution für die dauerhafte Sicherstellung der Schulsozialarbeit verfasst habe. Der Text der Resolution ist diesem Protokoll beigelegt.

**TOP 4.2:**

**Sitzung des Wirtschafts- und Haushaltsausschusses am 17.06.2014**

GVOR Torkel berichtet, dass beabsichtigt sei, die Sitzung des Wirtschafts- und Haushaltsausschusses am 17.06.2014 ausfallen zu lassen.

**TOP 4.3:**

**Nächste Sitzungen des Verwaltungsausschusses sowie des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses**

GVOR Torkel teilt mit, dass die Sitzungstermine des Verwaltungsausschusses und des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses getauscht werden. Somit wird die Sitzung des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses am 23.06.2014 und die Sitzung des Verwaltungsausschusses am 24.06.2014 stattfinden.

**TOP 4.4:**

**Netzbeteiligung**

GVOR Torkel weist auf das in Kürze zu erwartende Angebot der KNN zur Zeichnung weiterer Anteile zur Netzbeteiligung hin. Die Presseverlautbarung der EWE vom heutigen Tage macht auf ein Verfahren aufmerksam, welches den bisher nicht beteiligten Gemeinden die Chance im Laufe des Jahres 2014 eröffnet, Anteile zu zeichnen und den Gemeinden, die bereits über Anteile verfügen, ihre Anteile zu erhöhen. Sobald konkrete Beteiligungsunterlagen seitens der EWE bzw. der KNN zur

Verfügung gestellt werden, wird die Verwaltung die Gremien unverzüglich unterrichten.

#### **TOP 4.5:** **Termine**

GVOR Torkel gibt folgende Termine bekannt:

- a) 08.06.2014 Tag des offenen Gartens. In der Gemeinde Edeweicht können insgesamt sechs Gärten besucht werden.
- b) 09.06.2014 Mühlentag
- c) 09.06.2014 Modellboottreffen in Portsloge

#### **TOP 5:** **Einwohnerfragestunde**

Keine Fragen

#### **TOP 6:** **Inklusion** **Umsetzung von Maßnahmen zur Herrichtung inklusiver Schulen** **Vorlage: 2014/FB II/1629**

GOAR Knetemann trägt den Sachverhalt anhand der Beschlussvorlage vor.

AV Taeger erkundigt sich, ob die Grundschule Osterscheps der einzige Nutzer der Räumlichkeiten der ehemaligen Hauptschule Osterscheps sei. GOAR Knetemann teilt mit, dass lediglich ein größerer Raum im Erdgeschoss von der Jugendpflege der Gemeinde Edeweicht genutzt werde.

RH Seeger möchte wissen, ob die Möglichkeit bestehe, ein evtl. beeinträchtigtes Kind aus dem Einzugsgebiet der Grundschule Jeddelloh an eine andere Grundschule zu verweisen, da es doch nicht sein könne, dass man wegen eines Kindes einen teuren Anbau realisieren müsse.

GOAR Knetemann erläutert, dass bis zum Jahr 2018 die Einrichtung von Schwerpunktschulen noch zulässig sei. Danach müsse grundsätzlich jede Schule für die Inklusion gerüstet sein. Aufgrund der Einzugsbereiche und dem Recht der freien Schulwahl dürften Eltern dann nicht mehr an andere Schulen verwiesen werden.

Allerdings habe sie seitens des Landes erfahren, dass über eine evtl. Novellierung des Schulgesetzes auch noch nach 2018 die Einrichtung von Schwerpunktschulen möglich sein könnte.

RH Reil erkundigt sich, wie man ab dem Schuljahr 2018 reagieren müsse, wenn inklusive Kinder neu zuziehen. Er möchte wissen, ob die Eltern dann an jeder Schule ein Recht auf sofortige und vollumfängliche Beschulung ihrer Kinder hätten.

GOAR Knetemann teilt mit, dass man vom Schulträger nicht erwarten könne, umgehend auf jede Situation zu reagieren. Eine Karenzzeit müssten die Eltern dem Schulträger einräumen.

JGR-Vertreterin Wiechert erkundigt sich, ob in Osterscheps bei den Werkräumen die gleiche Problematik wie bei der Grundschule Jeddelloh bestehe. GOAR Knetemann verneint dies.

### **Beschlussvorschlag:**

- 1. Die Sanierung des ehemaligen Hauptschultraktes der Grundschule Osterscheps wird aus schulfachlicher Sicht für notwendig erachtet. Die Verwaltung wird beauftragt, die Sanierung dieses Gebäudeteils (evtl. auch abschnittsweise) zu kalkulieren und die Sanierungsmaßnahmen im Bauausschuss zur weiteren Beratung vorzustellen. Die Maßnahme wird zur weiteren baufachlichen Begleitung an den Bauausschuss verwiesen.*
- 2. Die barrierefreie Herrichtung der Eingangsbereiche zu den Edewechter Schulen durch die Umrüstung zu Automattüren soll für alle Schulen kalkuliert werden. Die jeweils notwendigen Umrüstungen sollen sodann für die Folgejahre vorgesehen werden. Die technische und baufachliche Begleitung dieser Maßnahme wird ebenfalls an den Bauausschuss gegeben.*

- einstimmig beschlossen -

### **TOP 7:**

#### **GOBS Friedrichsfehn**

#### **Neubau einer Mensa**

#### **Vorlage: 2014/FB II/1630**

GOAR Knetemann trägt den Sachverhalt anhand der Beschlussvorlage vor und empfiehlt verwaltungsseits die Umsetzung der Alternative 4.

RH Seeger teilt mit, dass die CDU-Fraktion sich der Empfehlung der Verwaltung anschließen werde, da Friedrichsfehn neben der Installation einer Schulmensa einen weiteren Veranstaltungsraum für die Öffentlichkeit dringend benötige.

RH Bischoff erläutert, dass sich die SPD-Fraktion ebenfalls für die Alternative 4 ausspreche.

RH Appitzsch erklärt, dass auch er für die Umsetzung der Alternative 4 sei. Allerdings sei er nicht damit einverstanden, dass vorhandene Grünflächen für die Schaffung weiterer Parkplätze geopfert würden.

GOAR Knetemann teilt mit, dass die Schaffung weiterer Parkflächen auf dem Schulgelände nicht Gegenstand der Beschlussvorlage seien.

RH Reil spricht sich auch für die Umsetzung der Alternative 4 aus. Außerdem würde er sich wünschen, dass die neue Mensa an Tagen mit schlechtem Wetter auch als Pausenhalle benutzt werden könnte.

Lehrervertreter (LV) Kosmis bedauert, dass lediglich eine Ausgabemensa geplant sei. Er würde sich eine Mensa wünschen, in der täglich frisch gekocht werden würde.

Er regt an, eine Großküche für alle Schulen und Kindertagesstätten im Gemeindegebiet einzurichten, um dauerhaft gewährleisten zu können, dass jede Mahlzeit gesund und frisch zubereitet sei.

AV Taeger erkundigt sich, ob bei der Schaffung einer neuen Mensa die Kindergartenkinder auch dort essen werden.

GOAR Knetemann berichtet, dass der Kindergarten Friedrichsfehn über einen mehrmonatigen Zeitraum in der provisorischen Mensa der Grundschule Friedrichsfehn gegessen habe. Der Kindergarten habe hiervon aber wieder Abstand genommen, da der Versuch sich für den Kindergarten nicht bewährt habe.

Bei der Schaffung einer neuen Mensa sei aber geplant, die Kindergärten hier mit zu integrieren, um eine gute Auslastung zu erreichen.

### **Beschlussvorschlag:**

*Aus schulfachlicher Sicht ist die Schaffung einer Mensa für die Grund- und Oberschule Friedrichsfehn zeitnah notwendig. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis der vorgestellten Variante 4 einen Architekten mit der weiteren Planung des Neubaus und konkreten Kostenkalkulation der Gesamtmaßnahme, d.h. einschließlich der Schaffung eines Fahrradstandes und Neugestaltung des Außengeländes zu beauftragen. Zur weiteren baufachlichen Begleitung wird die Maßnahme an den Bauausschuss verwiesen.*

*Dem Schulausschuss sind das Ergebnis und die Kostenkalkulation der Planungen des beauftragten Architekten zu einer der nächsten Sitzungen vorzustellen.*

- einstimmig beschlossen -

### **TOP 8:**

**Änderung der Festlegung der Schuleinzugsbereiche für die Grundschulen der Gemeinde Edewecht**

**Vorlage: 2014/FB II/1631**

GOAR Knetemann trägt den Sachverhalt anhand der Beschlussvorlage vor.

RH Hohnholz teilt mit, dass er dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen könne. Aus seiner Sicht habe sich die Öffnung der Einzugsbereiche bewährt, da eine Vielzahl der Portsloger Eltern vom Wahlrecht Gebrauch mache.

RH Seeger erkundigt sich, ob bei einer Nichtzustimmung des Gemeindevaterates die geplante Änderung der Satzung wieder rückgängig gemacht werden müsse. GOAR Knetemann teilt mit, dass dies nicht der Fall sei, da hier nur das Benehmen mit dem Gemeindevaterat herzustellen sei.

LV Kosmis teilt mit, dass die Grundschule Edewecht das Gespräch mit den betroffenen Portsloger Eltern gesucht habe, um feststellen zu können, warum diese ihre Kinder bei der Grundschule Jeddelloh angemeldet haben.

Dieses Gespräch ergab, dass viele Eltern für ihre Kinder eine kleine Grundschule ausgewählt haben. Des Weiteren hätten sich einige Eltern für Jeddelloh entschieden, da sie Bedenken bezüglich der zweijährigen Eingangsstufe an der Grundschule Edeweicht hätten.

RH Jacobs gibt zu bedenken, dass eine äußerst kostenintensive Erweiterung der Grundschule Jeddelloh aufgrund eines kurzfristigen Bedarfs nicht realisiert werden sollte. Des Weiteren möchte er wissen, ob bei der geplanten Satzungsänderung Eltern aus Portsloge im Einzelfall trotzdem noch die Möglichkeit hätten, für ihre Kinder freie Schulplätze in Jeddelloh I zu erhalten.

GOAR Knetemann teilt mit, dass die per Satzung festgelegten Einzugsbereiche grundsätzlich verbindlich eingehalten werden müssten. Allerdings räume das Schulgesetz eine Beschulung außerhalb des Einzugsbereiches ein, wenn die Schulleiter der beiden betroffenen Schulen dem Schulwechsel zustimmen.

LV Kosmis erläutert, dass die geplante Änderung dringend erforderlich sei, da die Grundschule Edeweicht beim Wegfall einer Klasse Lehrerstunden verliere. Da in Jeddelloh keine weitere Klasse eingerichtet werden könne, würden die in Edeweicht wegfallenden Lehrerstunden der Grundschule Jeddelloh nicht zu Gute kommen. Des Weiteren könne es nicht sein, dass trotz einer Einzugsbereichssatzung für Grundschulen in der Gemeinde Edeweicht die Grundschule Edeweicht keinen Einzugsbereich habe.

AV Taeger erkundigt sich, ob es im Grundschulbereich die Möglichkeit gebe, die Höchstzügigkeit zu begrenzen. GOAR Knetemann verneint dies.

### **Beschlussvorschlag:**

*Der Neufassung der Schuleinzugsbereichssatzung der Gemeinde Edeweicht wird in der vorgelegten Form zugestimmt.*

- mehrheitlich beschlossen -

Ja 10 Enthaltung 1

### **TOP 9:**

**Erlass einer Satzung über die Benutzung von gemeindeeigenen Schulhöfen**

**Überarbeiteter Satzungsentwurf**

**Vorlage: 2014/FB II/1632**

GOAR Knetemann erläutert den Sachverhalt anhand der beigefügten Beschlussvorlage.

RH Jacobs erkundigt sich, warum bei der Grund- und Oberschule Friedrichsfehn auch das Gelände um das Jugendzentrum vom Betretungsverbot betroffen sei. Dies sei doch gerade ein Platz, an dem Jugendliche sich treffen sollen. Des Weiteren könne er nicht verstehen, dass gerade der hintere Schulhof der Grundschule Edeweicht von dem geplanten Betretungsverbot nicht betroffen wäre. Abschließend gibt er zu bedenken, dass der Satzungsentwurf auf den Schulhöfen lediglich das Mitbringen scharfkantiger Waffen untersage, sodass demnach z.B. Baseballschläger und Pistolen nicht verboten seien.

GOAR Knetemann und GK Torkel betonen, dass es zwingend notwendig sei, die Satzung möglichst genau zu definieren, damit sie im Einzelfall auch einer gerichtlichen Überprüfung standhalten könne.

RH Seeger teilt mit, dass die CDU-Fraktion den Satzungsentschluss in der vorgelegten Fassung vollumfänglich unterstütze. Außerdem verneint er, dass im vorgelegten Entwurf lediglich scharfkantige Waffen verboten seien. Aus dem Entwurf gehe hervor, dass das Mitbringen gefährlicher, insbesondere scharfkantiger Waffen, untersagt sei, sodass hier ein vollumfängliches Waffenverbot vorliege.

GOI Schöbel teilt mit, dass der Bereich vor und hinter dem Jugendzentrum in Friedrichsfehn einer der Hauptbrennpunkte im Gemeindegebiet sei. Hier kämen regelmäßig Beschwerden der anliegenden Anwohner wegen erheblicher Lärmbelästigungen durch betrunkene Jugendliche in den späten Abend- und Nachtstunden sowie an den Wochenenden.

GOI Schöbel weist darauf hin, dass der der Vorlage beigefügte Lageplan der Grundschule Edewecht fehlerhaft sei. Der hintere Bereich der Grundschule müsse zwingend vom Betretungsverbot betroffen sein. Er versichert, eine Korrektur des Planes werde umgehend erfolgen.

**Beschlussvorschlag:**

- 1. Der Satzung über die Nutzung der gemeindeeigenen Schulhöfe wird in der vorgelegten Fassung nebst Anlagen zugestimmt. Die Verwaltung wird damit beauftragt, die Satzung entsprechend öffentlich bekannt zu machen.*
- 2. Die gemeindeeigenen Schulhöfe sollen eine entsprechende Hinweisbeschilderung erhalten. Die zur Finanzierung notwendigen Haushaltsmittel von 1.000 Euro sollen gem. § 117 NKomVG außerplanmäßig zur Verfügung gestellt werden.*

- mehrheitlich beschlossen -  
Ja 10 Enthaltung 1

**TOP 10:**  
**Grundschule Edewecht**  
**Zuschuss zur Schulhofgestaltung**  
**Vorlage: 2014/FB II/1633**

GOAR Knetemann erläutert den Sachverhalt anhand der beigefügten Beschlussvorlage.

**Beschlussvorschlag:**

*Der Grundschule Edewecht wird eine einmalige Zuwendung für die Neugestaltung des Schulhofes in Höhe von 5.000,- € zur Verfügung gestellt. Die notwendigen Finanzmittel sollen über einen möglichen Nachtragshaushalt 2014 oder über den Haushalt 2015 zur Verfügung gestellt werden.*

- einstimmig beschlossen -

**TOP 11:**  
**Astrid-Lindgren-Schule**  
**Umgestaltung Mensabereich**  
**Vorlage: 2014/FB II/1634**

GOAR Knetemann trägt den Sachverhalt anhand der Beschlussvorlage vor.

**Beschlussvorschlag:**

1. *Der Astrid-Lindgren-Schule wird ein einmaliger Zuschuss in Höhe von 3.900,- € zur Anschaffung von Sitzmobiliar für die Mensa für die Erst- und Zweitklässler zur Verfügung gestellt. Die zur Finanzierung notwendigen Haushaltsmittel von 3.900,- € sollen über einen möglichen Nachtragshaushalt 2014 oder über den Haushalt 2015 zur Verfügung gestellt werden.*
2. *Der Astrid-Lindgren-Schule wird ein weiterer einmaliger Zuschuss in Höhe von 4.700,- € zur Anschaffung von Stelltafeln, Regalen, Vorbereitungswagen für die Mensa zur Verfügung gestellt. Die zur Finanzierung notwendigen Haushaltsmittel von 4.700,- € sollen über den Haushalt 2015 zur Verfügung gestellt werden.*

- einstimmig beschlossen -

**TOP 12:**  
**Edewechter Oberschule**  
**Programm für die Mensa**  
**Vorlage: 2014/FB II/1635**

GOAR Knetemann erläutert den Bericht anhand der Beschlussvorlage.

**Beschlussvorschlag:**

*Der Edewechter Oberschule wird ein Zuschuss in Höhe von 2.050 Euro für die Anschaffungen im Zusammenhang mit der softwaregestützten Verwaltung der Mensa einmalig zur Verfügung gestellt. Die notwendigen Finanzmittel sollen über den möglichen Nachtragshaushalt 2014 zur Verfügung gestellt werden.*

- einstimmig beschlossen -

**TOP 13:**  
**Anfragen und Hinweise**

**TOP 13.1:**  
**Schülervertreter**

RH Reil erkundigt sich, ob es zurzeit keinen Schülervertreter im Schulausschuss gebe. AV Taeger teilt mit, dass ein Schülervertreter gewählt worden sei. Allerdings habe er auf die Einladungen der letzten beiden Sitzungen nicht reagiert. Die Verwaltung werde sich kurzfristig mit ihm in Verbindung setzen.

**TOP 14:**  
**Einwohnerfragestunde**

Keine Fragen

**TOP 15:**  
**Schließung der Sitzung**

AV Taeger bedankt sich für die konstruktive Zusammenarbeit und schließt die Sitzung um 19:23 Uhr.

Freia Taeger  
Vorsitzende

Rolf Torkel  
Gemeindeverwaltungsoberrat

Jens Schöbel  
Protokollführer

# RUNDSCHREIBEN



Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund

*Item an mir  
Sorel A?*

An die Hauptverwaltungsbeamtinnen und Hauptverwaltungsbeamten der Städte, Gemeinden und Samtgemeinden im NSGB

Datum: 26.05.2014 Aktenzeichen: 40 14-ab-kob

**RD 089/2014**

Ansprechpartner: Meinhard Abel

Durchwahl: -41

im Internet abrufbar seit: 26.05.2014

## Schulwesen; Schulsozialarbeit; Fortsetzung

**Die Kreisvorstandskonferenz des NSGB setzt sich für Fortführung und Ausbau der Schulsozialarbeit/sozialpädagogischen Betreuung an Schulen ein.**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Mitglieder der Kreisvorstandskonferenz des Nds. Städte- und Gemeindebundes haben sich auf ihrer Sitzung am 12. Mai 2014 in Papenburg intensiv mit der Zukunft der Schulsozialarbeit befasst.

Nach eingehender Diskussion hat die Kreisvorstandskonferenz einstimmig folgende Resolution beschlossen:

### „RESOLUTION

#### Schulsozialarbeit dauerhaft sicherstellen

Die Kreisvorstandskonferenz des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes (NSGB) fordert Bund und Land auf, die Schulsozialarbeit/Sozialpädagogische Betreuung an Schulen dauerhaft sicherzustellen.

Angesichts der Veränderungen in der Gesellschaft und in den Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen und der daraus folgenden Probleme in den Schulen ist es dringend erforderlich, die Fachkompetenz von sozialpädagogischen Fachkräften in allen Schulen zu nutzen. Angebote der Schulsozialarbeit sind deshalb an allen Schulen fortzusetzen und auszubauen. Eine Beschränkung auf bestimmte Schularten oder Schulformen ist heute nicht mehr zu rechtfertigen; an allen Schulen, auch an Grundschulen, besteht ein Bedarf an sozialpädagogischer Unterstützung.

In den vergangenen Jahren hatte sich der Bund bereit erklärt, den Ländern zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen in den Jahren 2011 bis 2013 jeweils 400 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen. Im Mai 2011 haben Landesregierung und die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens in einer gemeinsamen Erklärung vereinbart, dass die auf Niedersachsen entfallenden Mittel in Höhe von rund 36 Mio. Euro pro Jahr u.a. für Maßnahmen der Schulsozialarbeit verwendet werden sollen.

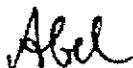
Im vergangenen Jahr gab es eine Bundesratsinitiative u.a. zur Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit, die sich durch den Ablauf der Wahlperiode des Bundestages erledigte. Das Land Niedersachsen hatte den entsprechenden Gesetzesantrag mitgetragen.

Die Schulen in Niedersachsen sind weiterhin auf Bundes- und Landesmittel zur Fortführung und zum Ausbau der Schulsozialarbeit, auch in den Grundschulen, angewiesen. Der Städte- und Gemeindebund appelliert daher an Bund und Land, die Schulsozialarbeit langfristig abzusichern. Gleichzeitig erwartet der NSGB vom Land, dass die wegfallenden Mittel des Bundes für die sozialpädagogische Betreuung durch Landesmittel kompensiert werden. Das Land hat nach § 112 Abs. 1 Nds. Schulgesetz die sozialpädagogische Betreuung von Schulen auf eigene Kosten sicherzustellen. Dabei dürfen die Kommunen, die Schulsozialarbeit aus eigenen Mitteln unterstützen, gegenüber anderen Kommunen nicht benachteiligt werden.“

Auf der Grundlage des Beschlusses der Kreisvorstandskonferenz haben wir jetzt die Nds. Kultusministerin Frauke Heiligenstadt und die Nds. Sozialministerin Cornelia Rundt darum gebeten, die Städte und Gemeinden entsprechend der Resolution bei Fortführung und Ausbau der Schulsozialarbeit zu unterstützen. Parallel haben wir uns auch an die im Landtag vertretenen Fraktionen gewandt. Es kommt jetzt entscheidend darauf an, dass im Landeshaushalt 2015 die entsprechenden Mittel für die sozialpädagogische Betreuung von Schülerinnen und Schülern bereitgestellt werden.

Wir bitten um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen



Abel